

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1906**

212 (2.8.1906) Erstes Blatt



# Karlsruher Tagblatt.

Nr. 212. Erstes Blatt.

Donnerstag, den 2. August

(folgt ein zweites Blatt.) 1906.



## Jubiläums-Ausstellung

für  
**Kunst und Kunstgewerbe**  
Karlsruhe 1906

im Markgräfl. Palais, gegenüber dem Hauptbahnhof.  
Eröffnung 28. Juli, Schluss Ende Oktober.

Geöffnet von 9 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, auch an Sonn- und Feiertagen. 24.8.

Tageskarten Mk. 1.—, Sonntags von 1 Uhr an 50 Pfg.  
Kartenhefte mit 10 Karten Mk. 5.—.

## Bekanntmachung.

3.2. Wir bringen hiermit zur Kenntnis der Interessenten, daß vom 1. September 1906 an die  
**Sicherung der Baustellen bei Nacht**

durch Aufstellen von

### Del-Laternen

nicht mehr durch uns übernommen wird.

Stocklaternen werden an private Unternehmer von uns leihweise abgegeben; die Beleuchtung selbst bleibt den Unternehmern überlassen.

Die näheren Bedingungen über die Ausleihung der Stocklaternen können bei uns erhoben werden.  
Karlsruhe, den 23. Juli 1906.

Städt. Gaswerk.

## Brotpreise für den Monat August 1906

nach der Anmeldung der Freien Bäcker-Zunft Karlsruhe:

Es muß wiegen:

1 Paar Wecke zu 6 Pfennig	110 Gramm,
1 halbweißes 10 Pfennigbrot	220 "

Das Brot kostet:

450 Gramm Halbweißbrot	18 Pfennig,
900 " "	36 "
700 " Schwarzbrot I. Sorte	21 "
1400 " " I. "	42 "
700 " " II. "	18 "
1400 " " II. "	36 "
450 " Kornbrot	14 "
700 " " "	20 "
900 " " "	28 "
1400 " " "	38 "

## Fleischpreise vom 1. bis 15. August 1906

nach Angabe der Metzgerei:

Schensfleisch per 1/2 Kilo	80—84 Pfg.
Rindfleisch " " "	76—80 "
Kuhfleisch " " "	60—64 "
Kalbsteck " " "	84—90 "
Schweinefleisch " " "	84—90 "
Lammfleisch " " "	70—90 "

## Bergebung von Bauarbeiten.

Die zum Neubau eines „Evangelischen Gemeindehauses der Südstadt“ erforderlichen Gips-, Glaser-, Schlosser-, Maler-, Lüncher- und Terrazzoarbeiten, sowie Kolladenlieferung sollen auf Einzelpreise vergeben werden.

Pläne und Bedingungen können bei dem bauleitenden Architekten Herrn Eduard Renkert, Luisenstraße 24, 3. Stock hier, eingesehen werden, bei welchem auch die Angebotsformulare in Empfang genommen werden können.

Schriftliche Angebote sind verschlossen, postfrei und mit der Aufschrift: „Evangelisches Gemeindehaus der Südstadt“, Angebot auf die . . . Arbeit, bei Herrn Stadtrat W. Schleich, Adlerstraße 24, bis

**Samstag, den 4. August,**  
**abends 5 Uhr,**

einzureichen.

Zuschlagsfrist vier Wochen.

Karlsruhe, den 23. Juli 1906.

## Der evangel. Kirchengemeinderat.

### Wohnungen zu vermieten.

— Adlerstraße 9 ist eine Mansardenwohnung von 2 Zimmern, Küche und Keller zu vermieten. Näheres im Vorderhaus, 2. Stock links.

4.3. Akademiestraße 6 ist die Wohnung im 4. Stock, bestehend aus 3 Zimmern mit Küche, an eine ruhige, kleine Familie billig zu vermieten. Näheres im 1. Stock.

\*3.2. Akademiestraße 9 ist im Seitenbau, 3. Stock, eine sehr schöne, freundliche Wohnung von 3 Zimmern, Küche, Keller auf 1. Oktober zu vermieten. Zu erfragen Akademiestraße 11, 1. Stock.

— Amalienstraße 7 im Seitenbau ist eine Wohnung von 3 Zimmern, Küche und Zubehör per 1. Oktober zu vermieten. Gas, Wasser, Glasabfluß. Zu erfragen im Vorderhaus, 2. Stock.

\*2.2. Augartenstraße 5, nächst dem Stadtgarten, ist im 2. Stock des Vorderhauses eine Wohnung von einem Zimmer, Küche mit Kochgas, Glasabfluß, Mansarde auf 1. September oder später zu vermieten. Zu erfragen daselbst.

— Augustastrasse 7 sind eine Parterrewohnung von 4 Zimmern, Küche, geschl. Veranda, Keller, Mansarde, Anteil an Waschküche und Trockenspeicher und im 3. Stock eine Wohnung von 3 Zimmern und reichlichem Zubehör auf 1. Oktober oder früher zu vermieten. Näheres daselbst oder Augustastr. 11.

— Bahnhofstraße 12, Hinterhaus, ist eine freundliche Wohnung von 2 Zimmern, Küche, Mansarde, Keller auf 1. Oktober zu vermieten. Näheres im 2. Stock des Hinterhauses.

— Bahnhofstraße 24 ist der 2. Stock, bestehend in drei Zimmern, Alkov, Küche und sonstigem Zubehör, per sofort zu vermieten. Näheres daselbst, parterre, oder im 3. Stock.

— Belfortstraße 12 ist der 2. oder 3. Stock, bestehend aus 5 Zimmern, Badezimmer, Veranda, und reichlichem Zubehör, auf 1. Oktober zu vermieten. Näheres daselbst, parterre.

— Bismarckstraße ist eine Wohnung im 4. Stock von 6 Zimmern und Zubehör für 850 M. auf 1. Oktober zu vermieten. Näheres Stefaniensstraße 34.

— Boeckstraße 14 ist der zweite Stock von 5 Zimmern, Badezimmer und reichlichem Zubehör auf 1. Oktober zu vermieten. Zu erfragen daselbst oder bei Architekt Rud. Meesch, Sofienstraße 37.

— Bürgerstraße 14, zum „Weißen Bären“ in Beiertheim, ist ein großes Zimmer mit 2 Kaminen und Küche auf 1. September zu vermieten. Näheres daselbst oder Brauerei Heinrich Fels, Kriegstraße 115.

— Bürlinstraße 6 (Südweststadt), in schönster und ruhigster Lage der Stadt, zu vermieten: im 2. Stock eine Wohnung von 5 Zimmern, Bad und 2—3 Kammern per 1. Oktober, im 4. Stock eine Wohnung von 3 oder 4 Zimmern sofort. Näheres parterre.

— Degenfeldstraße 3 ist eine 3 Zimmerwohnung auf sogleich zu vermieten. Näheres im Laden.

— Douglasstraße 2 ist im 3. Stock eine schöne 4 Zimmerwohnung mit Zubehör auf 1. Oktober zu vermieten.

— Douglasstraße 8 ist auf 1. Oktober eine geräumige 4 Zimmerwohnung preiswert zu vermieten. Näheres im Laden.

— Durlacher Allee 10, in schönster, freier Lage, ist der 2. Stock, bestehend in 5 geräumigen Zimmern, großem Balkon, Küche, 2 Mansarden und 2 Kellern, auf 1. Oktober zu vermieten. Für einzelne Zimmer zu vermieten praktisch eingeteilt.

— Durlacher Allee 22 sind im 2. Stock 2 Zimmer mit Balkon und Zubehör zu vermieten. Näheres daselbst.

— Durlacher Allee 22, 2. Stock, vis-à-vis der Bernhardskirche, ist eine 4 Zimmerwohnung mit Balkon und Zubehör auf 1. Oktober zu vermieten. Näheres daselbst.

— Durlacher Allee 40 ist der 2. Stock von 4 Zimmern, Badezimmer und reichlichem Zubehör per sofort zu vermieten. Näheres im 2. Stock links.

— Durlacherstraße 35 ist eine Wohnung, bestehend aus 2 Zimmern nebst Zubehör, auf 1. Oktober zu vermieten. Näheres im Laden.

— Erbprinzenstraße 26 ist eine freundliche Mansardenwohnung von 3 Zimmern sogleich oder auf 1. Oktober zu vermieten. Zu erfragen bei H. Mülthaler.

— Etlingerstraße 43, in schöner, freier Lage, ist eine schöne 4 Zimmerwohnung auf 1. Oktober zu vermieten. Zu erfragen parterre.

— Friedenstraße 18 sind der 2. Stock mit 5 geräumigen, freundlichen Zimmern, Balkon, Küche, 2 Mansarden, 2 Kellern oder der 1. Stock mit 4 event. auch 6 Zimmern und Zubehör auf 1. Oktober a. or. zu vermieten. Näheres im 2. Stock.

\*3.2. Gartenstraße 64, nächst der Leisingstraße, ist im 3. Stock eine freundliche Wohnung von 4 oder auch 3 Zimmern mit Balkon, Küche, Keller und Mansarde auf 1. Oktober billig zu vermieten. Näheres im 2. Stock links.

\*3.3. Gartenstraße 70 ist im 4. Stock eine Wohnung von 3 schönen Zimmern, Küche, Keller und sonstigem Zubehör auf sofort oder 1. Oktober zu vermieten. Näheres daselbst im 4. Stock rechts oder Marienstraße 48.

3.3. Grenzstraße 34, zunächst der Kriegstraße, parterre, ist eine Wohnung von 3 Zimmern, Küche, Keller zc. per 1. Oktober ds. J. zu vermieten. Näheres daselbst oder Grenzstraße 28, parterre.

— Kaiser-Allee 31 ist eine Wohnung im 1. Stock, bestehend aus 5 Zimmern nebst Zubehör, auf 1. Oktober zu vermieten. Näheres im 4. Stock.

— Kirchgasse 67 ist der 3. Stock von 5 Zimmern, Bad, Veranda, Balkon nebst reichlichem Zubehör auf 1. Oktober zu vermieten. Einzusehen von 10—4 Uhr.

— Kaiserstraße 60, Seitenbau, ist eine Wohnung von 3 Zimmern, Bad- oder Schrankzimmer, Küche, Gas und Zubehör auf sogleich oder später zu vermieten. Preis 360 M. Zu erfragen im Laden.



**Friedrichsplatz 6,**

3 Treppen hoch, ist eine elegante Wohnung von 8 Zimmern, Badezimmer, Küche, 3 Mansarden und 2 Kellern, alles ganz neu hergerichtet, auf sogleich oder später zu vermieten. Auf Verlangenelektrisches Licht. Näheres parterre im Laden.

**Westendstraße 29**

ist die Parterrewohnung, 6 Zimmer, Bad, Speisekammer, 3 Mansarden, Vorgärtchen etc., auf 1. Oktober zu vermieten. Einsehen von 8-5 Uhr nachmittags. Näheres Sofienstraße 21, 2. Stock.

**2 Zimmerwohnung**

in guter Lage der Schützenstraße, 1. und 2. Stock, auf sogleich oder später zu vermieten. Preis 280 Mark. Ohne Glasabschluß. Näheres Winterstraße 50 im 1. Stock.

**Herrschafts-Wohnung**

**Mathystraße 1,** neben Silda-Apothek (Karlstraße), erstes Obergeschoß (Bel-Stage), 5 Zimmer, darunter 1 Erkerzimmer, Baderaum, Küche, 2 Keller, 2 Mansarden, Anteil am Speicherraum. Auskunft im Erdgeschoß (Telephon Nr. 1032) oder Akademiestraße 28, Anwaltsbureau (Telephon Nr. 1849).

**Wohnung zu vermieten.**

\*66. Kaiserstraße 118, 3 Treppen hoch, ist eine schöne Wohnung von 5 großen Zimmern mit Balkon, Badezimmer, Küche und Zubehör auf sofort oder später zu vermieten. Zu erfragen im Laden.

**2 Zimmerwohnung**

(Mansarde) mit Küche und Keller für monatlich 15 M. per 1. September zu vermieten; nur ruhige Leute werden angenommen. Näheres Werderstr. 13, 2. Stock.

**Herrschaftswohnungen.**

In neu erbautem, überwintertem Haus sind per sofort oder später Wohnungen von 4, 5 bis 9 Zimmern in der Stage, mit reichlichem Zubehör und auf das Beste ausgestattet, zu vermieten. Näheres im Hause selbst Kaiser-Allee 139 im Bureau (Telephon 115) oder bei den Herren

W. Kreuzbauer, Mathystraße 1 (Telephon 1032),

A. Kornsand, Kaiserstraße 111 (Telephon 1275).

**Friedenstraße 5,**

3. Stock, ist eine Wohnung von 6 Zimmern auf sogleich zu vermieten. Näheres im 1. Stock.

**Kriegstraße 74**

5 Zimmerwohnung mit Balkon, Bad, Mansarde und sonstigem Zubehör sofort oder später zu vermieten. Näheres parterre.

Nelkenstraße 33, 3. Stock, ist eine hübsche

**4 Zimmerwohnung**

mit Bad und üblichem Zubehör auf 1. Oktober zu vermieten. Näheres Kaiser-Allee 95, 1. Stock.

**7 Zimmerwohnung,**

sehr geräumig, zu vermieten. Näheres Leopoldstraße 45 III. \*5.2.

**Neubau Butligstraße 5**

sind schöne, geräumige 4 und 3 Zimmerwohnungen mit Bad und reichlichem Zubehör auf 1. Oktober, sowie im Seitenbau eine geräumige 3 Zimmerwohnung zu vermieten. Näheres daselbst, parterre.

**Zwei Zimmer mit Küche**

im Seitenbau (250-300 Mark) per sofort oder später zu vermieten. Näheres Waldstraße 33 II.

**Durlacher Allee 18**

ist eine 5 Zimmerwohnung, 1 Treppe hoch, mit Bad und reichlichem Zubehör, in freier Lage, auf 1. Oktober zu vermieten oder das Parterre von vier Zimmern.

**2 Zimmerwohnung im 2. Stock,**

eine schöne, in der Nelkenstraße gelegen, ohne Vis-à-vis, ist per sogleich oder später zu vermieten; ebendasselbst ist eine

**3 Zimmerwohnung im 2. Stock**

per 1. Oktober oder früher zu vermieten. Zu erfragen Sofienstraße 136 im Bureau.

**5 u. 4 Zimmerwohnungen.**

Vorholzstraße 46 sind der 1. und 2. Stock von je 5 Zimmern, Küche, Speisekammer, Badefabinnett, Balkon, Erker, Veranda, Mansarde, Kammer, 2 Kellern, Gartenanteil zu 950 und 1100 M. per Oktober,

Bunsenstraße 3 I, 5 Zimmer, Küche, Speisekammer, Badefabinnett, Mansarde, Kammer, 2 Keller, Gartenanteil zu 750 M. per sogleich,

Kriegstraße 159 I, 4 Zimmer, Küche, Speisekammer, Badefabinnett, Mansarde, Kammer, 2 Keller zu 550 M. per sogleich zu vermieten.

Näheres Douglasstraße 22, 2. Stock. 3.2.

**7 Zimmerwohnung.**

Karl-Friedrichstraße 18 ist der mittlere Stock nebst Zubehör sofort oder auf 1. Oktober zu vermieten. Näheres im 3. Stock.

**7 Zimmerwohnung**

mit reichlichem Zubehör und großem Garten, parterre oder 2. Stock, in herrschaftlichem Hause, Ettlingerstraße 27, per 1. Oktober zu vermieten. Näheres daselbst im 2. Stock. \*10.8.

**Eine 6 Zimmerwohnung,**

eine Treppe hoch, nahe der Reichspost, auf 1. Oktober billig zu vermieten: Amalienstraße 47 II. 3.2.

**Westendstraße 32.**

Das im Garten gelegene Wohnhaus, enthaltend im 1. Stock 4 Zimmer, Küche, Speisekammer, ferner im Dachstock 3 Zimmer, 3 Kammern, Keller etc., ist auf 1. Oktober zu vermieten. Die Wohnung eignet sich event. auch zu Bureauzwecken; ein kleineres Magazin kann dazu gegeben werden. Näheres Ritterstraße 28, 1. Stock.

**Hirschstraße 120**

und

**Hirschstraße 122**

im 2. Stock sind 2 feine, große Herrschaftswohnungen von je 6 Zimmern, Küche, Bad, Speisekammer, Mansarde und Speicherkammer sowie Anteil an großem Garten auf 1. Oktober event. früher zu vermieten. Näheres Hirschstraße 130, parterre, oder Ruppurrerstraße 13, Bureau.

**Zwei Zimmerwohnung.**

Eine sehr schöne 2 Zimmerwohnung mit Küche, Keller etc. ist im Hinterhaus billig zu vermieten. Näheres Schillerstraße 33 im Kontor.

**Herrschaftswohnung.**

**5 Zimmer, Küche, Bad usw.,**

**2. Stock, Weinbrennerstraße 3,** per sogleich oder später zu vermieten. Näheres Hirschstraße 62, parterre.

**Brauerstraße 17,**

1. Stock, eine 4 Zimmerwohnung per September oder später zu vermieten. Klostert im Glasabschluß. Näheres im Bureau oder Belgienstraße 21 I.

**Durlacherstraße 35** sind 2 schöne Wohnungen, zwei u. drei Zimmer nebst Zubehör, auf sogleich zu vermieten. Näheres im Laden.

**Hirschstraße 64,**

Seitenbau, 3. Stock, Mansardenwohnung, drei Zimmer mit Zubehör, sogleich oder später zu vermieten. Zu erfragen im Vorderhaus, parterre.

**Wohnung zu vermieten.****Sofienstraße 134,**

1. Stock,

4 Zimmer, Bad und reichlichem Zubehör, Vor- und Hintergarten, sehr schöne Wohnung, per sofort oder später.

Nähere Auskunft Sofienstraße 124, 1. Stock.

**Gartenstraße 11**

ist im Parterre eine schöne 3 Zimmerwohnung mit Küche, Kammer, Klostert und Keller an eine ruhige Familie per 1. Oktober zu vermieten. Näheres Gartenstraße 9, parterre, oder Hirschstraße 25.

**2 Zimmer-Wohnung**

mit Küche und Keller:

**Zuifenstraße 45,** Hinterhaus, II. Hof, parterre, monatlich 17 M., per 1. Oktober zu vermieten. Näheres im Laden daselbst.

**Ettlingerstr. 37.**

Herrschaftl. 6 Zimmerwohnung im 2. Stock mit gt. Erker, Veranda, Küche mit Speisekammer, Bad, 2 Mansarden, 2 Kellern, Waschküche u. Trockenständer zu vermieten. Ruhiges Haus in schöner, freier Lage mit Ausblick in Stadtgarten.

**Barfstraße 23,**

in neugebautem Hause, sind herrschaftliche Wohnungen, von 5 Zimmern mit reichlichem Zubehör, Bad, Veranda, Erker, Stagenheizung usw., Haltestelle der elektr. Straßenbahn, billig zu vermieten. Auskunft von 3-5 Uhr daselbst oder beim Eigentümer F. Schnellbach, Schützenstraße 6.



## Karlsruher Bürgerausschuß.

Sitzung vom Freitag den 27. Juli 1906,

nachmittags 3 Uhr in der Turnhalle der Töcherschule, Kreuzstraße 15.

Anwesend 75 Mitglieder.

Vorsitzender: Oberbürgermeister Schneckler.

Stadtrat Boeckh beantragt, den letzten Punkt der Tagesordnung, Erhöhung des Gehalts des Oberbürgermeisters und des Ersten Bürgermeisters, zuerst zu erledigen, da verschiedene Mitglieder später Abhaltungen hätten. Nachdem dieser Antrag auf Umstellung in der Tagesordnung angenommen worden, verlassen der Oberbürgermeister und der Erste Bürgermeister den Sitzungssaal.

Stadtrat Boeckh übernimmt als dienstältestes Mitglied der zurzeit anwesenden Stadträte den Vorsitz und verliest den Antrag, wonach der Gehalt des Oberbürgermeisters von jährlich 18 000 auf 21 000 M und der des Ersten Bürgermeisters von jährlich 10 000 auf 12 000 M erhöht werden soll.

Der Antrag sei lediglich auf die Initiative des Stadtrats zurückzuführen, die beiden beteiligten Herren hätten von dem Antrag nichts gewußt. Der Stadtrat beabsichtige, damit seinerseits eine Anerkennung der hohen Verdienste, die der Oberbürgermeister und der Erste Bürgermeister sich in den langen Jahren um die Stadt erworben hätten, einen konkreten Ausdruck zu geben. Die eine Veranlassung sei die, daß der Oberbürgermeister in wenigen Wochen 60 Jahre alt werde. Die Gehaltserhöhung, die schon früher in Frage gestanden, sei damals auf diesen Zeitpunkt verschoben worden. Eine äußere Veranlassung sei auch, daß vor ganz kurzem in einer anderen badischen Stadt der Oberbürgermeister eine erhebliche Zulage bekommen habe. Er freue sich auch, feststellen zu können, daß der Oberbürgermeister, der durch eine bedauerliche Erkrankung längere Zeit von der Besorgung der Geschäfte abgehalten gewesen sei, mit der gewohnten Tatkraft und vollen Hingabe seine Tätigkeit wieder aufgenommen habe. Während dessen Erkrankung habe der Erste Bürgermeister Siegrist mit unvergleichlichem Fleiß und seltenem Weitblick die Geschäfte geleitet und insbesondere auch die Verhandlungen über die Eingemeindungen zu einem erfolgreichen Abschluß geführt.

Stadtv. Dr. Goldschmidt erklärt als Obmann des Stadtverordnetenvorstandes, daß nicht bloß der Vorstand sich für Annahme der Vorlage ausgesprochen, sondern auch bei einer vertraulichen Vorberatung, zu der eine weitere Anzahl von Mitgliedern des Bürgerausschusses eingeladen worden sei, kein Widerspruch erhoben worden sei. Die Vollendung des 60. Lebensjahres sei ein bedeutungsvoller Abschnitt im Leben eines jeden Menschen, der jedoch bei unserem Oberbürgermeister nicht, wie bei anderen Menschen, eine Minderung der Arbeitskraft mit sich gebracht habe. Als der Oberbürgermeister 25 Jahre im Amte gewesen sei, habe ihm die Stadt eine Ehrengabe überreicht; jetzt habe man die geplante Gehaltserhöhung auf diesen Moment verschoben, das Wesentliche hierbei sei die Anerkennung, die der Bürgerausschuß und die von ihm vertretene Bürgerschaft damit ihm für die erfolgreiche Mühewaltung zolle, die er seit Jahren der Stadt habe zuteil werden lassen. (Allseitiges Bravo.) Unter den bestehenden Verhältnissen sei aber auch die Anforderung an die Arbeitskraft und Arbeitszeit des Ersten Bürgermeisters, insbesondere während der letzten Monate, außerordentlich gestiegen. Der Redner weist sodann an Hand von Zahlen nach, wie der Vergleich mit den Bezügen der Bürgermeister in Mannheim und insbesondere in Freiburg, das an Einwohnerzahl der Stadt Karlsruhe nachstehe, den Antrag des Stadtrats rechtfertige. Er gebe der Hoffnung Ausdruck, daß Herr Oberbürgermeister Schneckler noch lange die Geschäfte der Stadt leiten könne und bitte, den Antrag möglichst einstimmig und ohne große Debatte anzunehmen, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß die Vorlage so selbstverständlich sei, daß keine längere Debatte notwendig sei.

Stadtv. Willi erklärt: die sozialdemokratische Fraktion erkenne durchaus nicht die Verdienste, welche sich die beiden Herren Bürgermeister um die Interessen der Stadt erworben hätten; sie anerkenne ferner, daß wir in dem Oberbürgermeister eine außerordentlich tüchtige Kraft besäßen und daß auch der Erste Bürgermeister ein tüchtiger und fleißiger Beamter im Dienste der hiesigen Stadt sei. Seine Parteigenossen hätten auch der beantragten Gehaltserhöhung gerne ihre Zustimmung gegeben, wenn nicht gerade in den letzten Tagen ein Vorkommnis dazwischen gekommen wäre, das sie veranlaßte, der Vorlage die Zustimmung zu versagen. Ob der eine oder der andere seine Gegnerschaft zu der einen oder anderen Partei etwas lebhafter zum Ausdruck bringe, sei ein Gesichtspunkt, der hier völlig fern liege. Auch darüber hätte man sich hinwegsetzen können, daß der Sprung etwas zu groß sei, eine Meinung, die in weiten Kreisen der Einwohnerschaft vertreten sei. Auch über die Tatsache, daß unter der jetzigen Leitung die größte Partei, die sozialdemokratische, im Stadtrat bis jetzt noch nicht vertreten sei, hätten sie sich bei dieser Vorlage hinwegsetzen können. Obwohl er persönlich geglaubt habe, der Vorlage zustimmen zu können, so sei doch die direkte Veranlassung ihrer ablehnenden Haltung folgende: Vor kurzer Zeit sei der Vorsitzende der Gemeindegewerkschaft aufs Rathaus gerufen und ihm derartig zugesagt worden, daß der Mann sich veranlaßt sah, nicht nur seinen Posten niederzulegen, sondern auch aus der Organisation auszuschneiden. Wenn man in dem einen Augenblick das elementarste Recht der Arbeiter mit Füßen trete, könne man von den Sozialdemokraten nicht verlangen, daß sie im selben Augenblick der Spitze der städtischen Verwaltung eine

Gehaltserhöhung bewilligen. Sie könnte daher diese nicht verantworten mit den Rücksichten, die sie der Arbeiterschaft schuldig seien.

Stadtrat Boeckh erklärt, daß selbst, wenn die Behauptung des Vorredners richtig sei, was er jetzt nicht kontrollieren könne, sie keinen begründeten Anlaß zur Ablehnung der Vorlage gebe.

Hierauf werden die Gehaltserhöhungen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Stadtrat Boeckh eröffnet alsdann dem hereinggerufenen Oberbürgermeister und Ersten Bürgermeister den Beschluß des Bürgerausschusses, der ein Ausdruck des Vertrauens und der dankbaren Anerkennung der Bürgerschaft sei. Er hoffe, daß die guten Beziehungen, die bisher zwischen den beiden Bürgermeistern und der Gemeindevertretung bestanden, auch fernerhin bleiben und es ihnen vergönnt sei, ihre Verdienste um die Stadt ständig zu vermehren.

Oberbürgermeister Schneckler dankt in seinem und des Ersten Bürgermeisters Namen herzlichst. Sie beide hätten die Aufbesserung weder gefordert noch überhaupt daran gedacht. Er, der Oberbürgermeister, sei damit sehr einverstanden, daß sein Kollege eine Aufbesserung erhalten habe. Für sich selbst habe er die Ueberzeugung gehabt, daß er auch bis jetzt nicht nur auskömmlich, sondern reichlich honoriert gewesen sei. Um so dankbarer müsse er sein, daß ihn die Gemeindevertretung weit höher einschätze, als er es selber mit gutem Gewissen tun könne. Seinen Dank müsse er aber mit einer Bitte verknüpfen. Schon bei der Beratung des Voranschlags habe er als notwendig bezeichnet, die Bezüge unserer städtischen Beamten, insbesondere auch der unteren Beamten, zu erhöhen und zwar mit Rücksicht auf die gesteigerten Kosten der Lebenshaltung. Von den städtischen Beamten sei auch an den Stadtrat eine Eingabe gelangt, in der sie um Erhöhung ihrer Bezüge nachsuchten. Die Eingabe unterliege noch näherer Prüfung; er habe aber den Eindruck, daß sie sich in bescheidenen Grenzen halte. Aber auch wenn man nur das, was billig sei, bewillige, so müsse man mit einer Mehrbelastung der Stadtkasse durch diese Erhöhung von beträchtlich über 100 000 M rechnen. Er hoffe jedoch, daß, wenn die Entwicklung der städtischen Anstalten weiterhin günstig verlaufe und bei den für den Herbst vorgesehenen Festlichkeiten, insbesondere der Ausstellung, nicht etwa wegen schlechten Wetters sich ein starkes Defizit herausstelle, die geplante Aufbesserung durchgeführt werden könne, ohne daß eine Umlagerhöhung notwendig sei. Er bitte, das Wohlwollen, das der Bürgerausschuß gegenüber der heutigen Vorlage bekundet habe, auch den städtischen Beamten zu zeigen, wegen deren Gehaltserhöhung noch im Verlaufe dieses Jahres ein Antrag gestellt werde. Nicht nur auf die Spitze der Verwaltung käme es an, sondern die geistliche Entwicklung der Gemeindevirtschaft sei gerade auch ganz besonders von der Tätigkeit der städtischen Beamten der verschiedenen Ressorts abhängig.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betrifft die Erwerbung von 55 Plafatsäulen zum Preise von je 330 M von der Firma Haafenstein u. Vogler sowie dem Privatmann Philipp Weber hier.

Der Vorsitzende erklärt, er könne nicht umhin, auf einen Artikel einzugehen, der am Donnerstag den 26. Juli in dem sozialdemokratischen Blatt „Volkshaus“ erschienen sei und sich mit der „schlechten Verwaltung“ der Stadt, u. a. auch mit vorliegender Frage beschäftigte. Die Behauptung des Artikels, daß die Plafatsäulen, die man heute für 18 150 M zurückkaufen wolle, seinerzeit vom Unternehmer um 8560 M hergestellt worden seien, müsse er als ganz unwahr und völlig aus der Luft gegriffen bezeichnen. Der Unternehmer habe die Plafatsäulen nach einem vom Tiefbauamt vorgeschriebenen Plan herstellen lassen müssen und erhalte heute nicht einen Pfennig mehr, als was er selbst ausgegeben. Eine andere gleich „richtige“ Mitteilung jenes Artikels sei die, daß im Jahre 1894 die elektrische Straßenbahn an ein national-liberales Konsortium vergeben und nach einigen Jahren mit einem Aufwand von 2 Millionen mehr zurückgekauft worden sei. Wie der Verfasser auf solchen Unsinn gekommen, sei ihm unerklärlich. Jener behaupte weiter, daß bei der Anlage des städtischen Elektrizitätswerkes 128 000 M unnötig ausgegeben worden seien, durch Anwendung eines Doppelrohrsystems. Demgegenüber müsse festgestellt werden, daß im städtischen Elektrizitätswerk die Dampfleitung doppelt gemacht worden sei, damit wenn ein Dampfrohr plake, das Werk nicht still stehe. Der hierdurch erwachsene Mehraufwand habe sich auf 6 bis 7000 M belaufen. Nach jenem Artikel solle weiter ein Hofrat für das Elektrizitätswerk Entwürfe angefertigt und dann für die Begutachtung seiner eigenen Entwürfe 28 000 M erhalten haben. Richtig sei, daß Herr Hofrat Arnold ein Honorar von 2500 M erhielt. Der Oberbürgermeister gibt seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß der „Volkshaus“ einen derartigen Artikel bringe, der nicht nur einen Angriff auf den Stadtrat enthalte, sondern auch auf die sozialdemokratischen Stadtverordneten selbst, die doch bei allen diesen Maßnahmen in dankenswerter Weise mitgewirkt hätten. Die Stadtverwaltung sehe sich in die Notwendigkeit versetzt, die Sache im „Volkshaus“ zu berichtigen. Zu der Frage der Plafatsäulen müsse er noch feststellen, daß erst in den letzten Tagen herausgekommen sei, daß die Firma Haafenstein u. Vogler in den letzten Jahren den vom Stadtrat festgesetzten Tarif für das Ankleben der Plakate nicht eingehalten, sondern in den meisten Fällen eigenmächtig einen höheren Tariffuß aufgestellt habe. (Hört, Hört!)

Der Vorsitzende verliest sodann ein Schreiben der zur Rechtfertigung aufgefundenen Firma Haafenstein & Vogler vom 26. Juli d. J. Danach hat dieselbe seit Uebernahme der Transformatorsäulen zu den Plafat-



fäulen einen Tarif mit erhöhten Sätzen aufgestellt und will sich mit einem nicht mehr kontrollierbaren Versehen und einem Irrtum entschuldigen. Die Firma schreibt weiter, daß sie weder unsäuerliche Triebe noch Gewinnsucht geleitet haben. Den der stadträtlichen Festsetzung nicht entsprechenden Tarif habe sie jetzt sofort abgeändert. Der Vorsitzende meint, daß die verlangte gültige Entschuldigung der Firma gegenüber durchaus nicht am Platze sei. Das Publikum, das zu viel bezahlt, könne zurückfordern, was über den vom Stadtrat gesetzten Tarif verlangt worden sei.

Stadtb. Loh empfiehl namens des Stadtv.-Vorstandes den Erwerb der Plakatfäulen nach dem stadträtlichen Antrag.

Stadtb. Schaufelberger wünscht, daß die Stadt das Plakatwesen in eigene Regie übernehme.

Stadtb. Merkle bemerkt, daß er schon bei der letzten Budgetberatung über die teure Berechnung der Anschläge geklagt habe; er habe persönlich öfters die Wahrnehmung gemacht, daß an den entfernteren Säulen nicht alle Plakate angeschlagen würden. Wenn die Stadt, wie er wünsche, das Plakatwesen in eigene Regie übernehmen würde, könnte man eine sachgemäße Handhabung erwarten.

Stadtb. Bod sieht keinen Grund ein, der Firma die Sache durchgehen zu lassen, was die Höhe der erhobenen Sätze betreffe. Der Stadtrat solle vielmehr die Initiative ergreifen und die Firma zur Herauszahlung der zuviel erhobenen Beträge auffordern.

Stadtb. Ged erklärt, daß der vom Vorsitzenden angeführte Artikel des Volksfreund, weder eine Aeußerung der Redaktion sei, noch überhaupt aus Parteikreisen stamme; der Verfasser sei ein bürgerlicher Geschäftsmann, der sich bereit erklärt habe, für den Artikel einzustehen.

Oberbürgermeister Schuebler erklärt: Die Zeitung (der Volksfreund) habe mit der Aufnahme des Artikels auch die Verantwortung übernommen; der Inhalt dieses Artikels sei unwahr und unsinnig, und die Redaktion des „Volksfreund“ wäre in der Lage gewesen, durch Erkundigung bei einem beliebigen Stadtratsmitgliedern der eigenen Partei festzustellen, daß jene Behauptungen von A bis Z erlogen seien.

Stadtb. Loh teilt mit, daß auch der Vorstand der Stadtratsmitglieder die Frage geprüft habe, ob die Stadt das Plakatgeschäft in eigene Regie übernehmen solle, und obwohl dem Vorstand die Vergebung an andere Personen als zweckmäßiger erschienen sei, habe er es doch für richtiger gehalten, hierbei dem Stadtrat freie Hand zu lassen.

Stadtb. Dr. Friedberg spricht sich dagegen aus, daß die Stadt das Plakatgeschäft in eigene Regie übernehme, da hierdurch mehr oder minder eine unliebsame Konkurrenz einem Gewerbe gemacht werde. Nur wenn ein Unternehmen von überwiegend öffentlichem Interesse sei, wie die Straßenbahn, solle die Stadt es übernehmen. Die Sozialdemokraten möchten natürlich den sozialistischen Zukunftsstaat immer mehr vorbereiten.

Stadtb. Dr. Heimburger: Auch wenn man anderer politischer Ansicht als die Sozialdemokratie sei, so könne man doch, ohne ihr damit Vorwurf zu leisten, in dieser Hinsicht eine andere Stellung einnehmen, als der Vorredner. Wichtig sei, daß die Stadt den Bürgern nicht Konkurrenz machen solle. Hier aber, wo es sich um einen monopolartigen Betrieb handle, der etwas abwerfe, sei es besser, wenn er in öffentliche Hände komme.

Stadtb. Dr. Golschmit meint, die politische und sozialpolitische Frage sollte hier ganz ausgeschaltet werden. Bei der Entscheidung, ob eigene Regie oder Vergebung, müsse der Stadtrat erwägen, daß zur Durchführung wieder eine größere Anzahl städtischer Beamter erforderlich sei und ob das dann zu erwartende Ergebnis dem Aufwand entspreche.

Oberbürgermeister Schuebler faßt die Angelegenheit als reine Zweckmäßigkeitsfrage auf. Prinzipiell könne er sich mit der Ansicht des Stadtb. Dr. Heimburger einverstanden erklären, wonach Monopol-Betriebe womöglich auf die Stadt übergehen sollten, wenn die Stadt sie zweckmäßiger Weise betreiben könne und damit nicht in Ungelegenheiten komme. Bei dem Plakatgeschäft sei er aber fest überzeugt, daß sofort nach Uebernahme in eigene Regie von allen Seiten an die Stadt Anforderungen auf unentgeltlichen oder ermäßigten Anschlag kämen, so von den verschiedenen Vereinen mit gemeinnützigen Bestrebungen. Die Stadtkasse gleiche einer Kuh, die jeder melken, aber niemand füttern wolle. Schließlich müsse die Stadt dann auch die Verantwortung für die Abbildungen auf den Anschlägen übernehmen und könne dann auch unter Umständen mit der Polizei in Konflikt kommen. Diese tatsächlichen Nachteile der Uebernahme in eigene Regie habe auch in fast allen Städten dazu geführt, das Recht des Anklebens von Plakaten zu verpachten. In dem neuen Pachtvertrag können Bestimmungen aufgenommen werden, wonach die städtischen Interessen genügend gewahrt und auch das Publikum nicht benachteiligt wird, insbesondere werde auch für Tarifüberschreitungen eine Konventionalstrafe vorgeesehen, die in dem jetzigen Vertrag nicht vorgeesehen sei.

Hierauf wird der Erwerb von 55 Plakatfäulen einstimmig genehmigt.

Die Vorlage betr. Verlängerung der Straßenbahn in der Moltkestraße bis zur Blücherstraße gelangt hierauf zur Beratung.

Oberbürgermeister Schuebler verweist auf die gedruckte Begründung. Stadtb. Moninger empfiehlt namens des Stadtv.-Vorstandes die Vorlage zur Annahme. Eine weitere Verlängerung in der Moltkestraße als bis zum Krankenhaus sei wegen der geringen Rentabilität nicht zu empfehlen.

Stadtb. Merkle will gegen diese Vorlage keine Einwendungen machen, glaubt aber den Anlaß benützen zu müssen, um wiederum zu fordern, daß auch nach anderen Richtungen hin die Straßenbahn erweitert werde. Das Amt eines Stadtratsmitgliedes sei höchst undankbar,

insbesondere wenn diejenigen, auf Grund deren Vertrauen man hier sei, erwarteten, daß bei jeder Gelegenheit ihre Interessen ostentativ gewahrt würden. Das Verlangen einer Südstadtlinie sei alt und man wundere sich allgemein, daß man in der Südstadt von dem künftigen Straßenbahnprojekt noch nichts sehe. Er halte sich für verpflichtet, auch eine Stimme hier anzuführen, die etwas drastisch den Antrag gestellt habe, in einer öffentlichen Versammlung Kravall zu schlagen; er frage an, wie es mit der Vorbereitung der Südstadtlinie stände und hoffe, daß diese so rasch wie möglich ausgeführt werde.

Oberbürgermeister Schuebler: Schon früher habe er die Mitteilung gemacht, daß das Straßenbahnamt Plan und Kostenvoranschlag für diese Linie ausarbeite. Es sei beabsichtigt, durch die Kronenstraße nach dem ehemaligen Friedrichstor und dem grünen Hof sowie durch die Adlerstraße zurück oder umgekehrt die Linie zu führen und in der Müppurrerstraße weiter zu leiten. Er hoffe, daß im Frühjahr noch vor Beginn der Bauperiode dem Bürgerausschuß die Vorlage, die im Verlaufe des Winters vom Straßenbahnamt fertiggestellt werde, vorgelegt werden könne. Bestätigen könne er dem Stadtratsmitglied Merkle, das dieser mit ungehörter Zähigkeit und Energie die Interessen der Südstadt wahrnehme. In der von jenem erwähnten Eingabe sei übrigens auch gesagt, daß in Erwägung gezogen sei, daß die Bürger der Südstadt sich zusammentun und die Zahlung der städtischen Umlagen verweigern wollten. Nach Rücksprache mit dem Herrn Vorredner habe er sich jedoch überzeugt, daß die Sache nicht so gefährlich sei. Die Durchführung der geplanten Linie sei übrigens auf Schwierigkeiten gestoßen wegen Anlage der Bahn in der Kronen- und Adlerstraße. Beide Straßen seien so eng, daß man die Gleise nicht in die Mitte legen könne, weil sonst auf keiner der beiden Seiten Fuhrwerke aufgestellt werden könnten. Es bleibe also nur übrig, eine Seite auszuwählen. Nun wünschten zwar die Bewohner beider Straßen die Bahn. Jede Straßenseite gönne sie aber der anderen Seite.

Stadtb. Merkle stellt noch fest, daß die vom Vorsitzenden erwähnten Maßnahmen der Südstadt nicht in einer öffentlichen Versammlung beschlossen worden seien, sondern nur von einer Seite der Antrag auf Erwägung in einer öffentlichen Versammlung gestellt worden sei.

Stadtb. Etklinger hat ernsthafte Bedenken, ob die Straßenbahn überhaupt durch die Adler- oder Kronenstraße geführt werden könne, da wesentliche Geschäftsinteressen alteingesessener Einwohner bei der Enge der Straßen verletzt würden.

Hierauf gelangt die Vorlage auf Verlängerung der Straßenbahn bis zum Krankenhaus einstimmig zu Annahme.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: „Erbauung eines Schulhauses in Mühlburg“, verweist Bürgermeister Siegrist auf die gedruckte Begründung.

Stadtb. Zinser befürwortete namens des geschäftsleitenden Vorstandes die Vorlage. Bei dieser Gelegenheit sei im Stadtratsmitglied Vorstande die Submissionsfrage zur Sprache gekommen. Es hätten sich auf diesem Gebiete namentlich bei der Vergebung von Arbeiten für das Krankenhaus unhaltbare Zustände ergeben. Für eine Arbeit im Anschlag von 200 000 M z. B. sei nur ein Angebot eingelaufen, trotzdem zahlreiche Leute sich für die Sache interessiert hätten. Es sei diese Tatsache auf eine Ringbildung zurückzuführen. Der geschäftsleitende Vorstand der Stadtratsmitglieder bitte den Stadtrat bei Ausführung des Schulhausbaues in Mühlburg dafür zu sorgen, daß eine wirkliche Submission stattfinde. Eventuell müsse man, um nicht zu hohe Preise zahlen zu müssen, auswärtige Geschäftskente beiziehen.

Stadtb. Maier: Er bedauere namens der sozialdemokratischen Fraktion, daß die Platzfrage für das Schulhaus trotz seiner in früheren Sitzungen geäußerten Bedenken, so wie geschehen, gelöst wurde. Der Platz sei schon deswegen ungeeignet, weil die Entwicklung Mühlburgs nach Osten und nach Nord-Osten gehe, und nicht wie in der Vorlage gedacht, nach dem Rheinhafen zu. Er habe früher schon darauf hingewiesen, daß die Anlage der Schule an der projektierten Stelle unzuweckmäßig sei, einmal, weil die Maschinenfabrik sich in der Nähe befinde und durch Rauch, Dampf und Ausdünstung hygienische Nachteile bringe und weil auch zu erwarten sei, daß die Fabrik, wenn sie erweitert werde, noch näher an die Schule herankomme. Früher sei zwar die Fabrikanlage in der Gartenstraße, gegenüber einer Schule gewesen, aber dort sei die Verlegung der Fabrik mit Sicherheit zu erwarten gewesen. Sodann habe der Rheinhafen jetzt 27 Rangiergleise, weitere werden hinzukommen, ein zweites Ausfahrtgleis nach dem Westbahnhof sei bereits in Sicht. Alle Güter aus dem Hafen müßten an der Schule vorbeigeführt werden. Auch die Maxaubahn werde nach ihrer Verlegung dort vorbeiführen, ebenso der Verkehr nach Graben nach Verlegung des Hauptbahnhofes. Er warne dringend, den vorgeesehenen Platz zu bebauen. Er schläge vor, in den Bollwerk die Schule zu erstellen. Dort entwickle sich Mühlburg zurzeit stark und dort sei der geeignete Platz für diese Schule.

Stadtb. Wilhelm Weiß: Der Stadtb. Zinser habe den Zusammenschluß der Handwerker, der erfolgt sei, um Unterbietungen zu vermeiden, als bedenklich bezeichnet und er habe mit Herbeiziehung auswärtiger Unternehmer gedroht. Er sei anderer Meinung. Der Zusammenschluß der Handwerker sei ein Fortschritt. In dem erwähnten Fall, der sich beim Krankenhaus ereignete, hätten sich Unternehmer allerdings nicht ganz geschickt benommen. Sie hätten besser als Korporation anbieten sollen, statt einen einzigen vorzuschicken. Die Blechner — seine Berufsgenossen — könnten sich aber an diesen Unternehmern ein Beispiel nehmen und sich auch organisieren. Erst neuerdings habe wieder einer Arbeit von der Stadt übernommen, bei der er nicht auf die Kosten komme. Man hätte in diesem Falle die Bestimmung der Verdingungs-



ordnung anwenden sollen, welche die Vergabung von Arbeiten bei An- geboten unter dem Selbstkostenpreis an den Submittenten verbietet. Wenn man beiderseits die Sache vernünftig behandle, bräuhete die Stadt auch bei einer Ringbildung nicht zu viel zu zahlen und die Hand- werker kämen auf ihre Kosten. Er bitte, künftig jeweils zu prüfen, ob die Unternehmer die Arbeit, für die sie eingeben, ohne sich zu schädigen, machen können.

Oberbürgermeister **Schnecker**: Die recht schwierige Frage des Sub- missionswesens stehe nicht auf der Tagesordnung. Die Stadtverwaltung wolle nicht, daß bei der Vergabung von Arbeiten derart unterboten werde, daß die Unternehmer Schaden erlitten; denn dabei käme auch die Stadt zu kurz, weil in solchen Fällen lieberliche Arbeit geliefert werde. In der Hauptsache geschehe das, was der Vorredner verlange. Wenn man aber jene Bestimmung zur Anwendung bringe, so kämen immer die billigeren Unternehmer, welche die Arbeit nicht erhalten haben, hinterher und beklagten sich. Er habe nichts dagegen, wenn die Geschäftsleute zusammengingen, um angemessene Preise zu erzielen, aber auf der andern Seite müsse verhindert werden, daß der Stadt ungehörige Preise diktiert würden. Mit Prinzipien komme man hier nicht durch. Man müsse von Fall zu Fall sehen, die richtige Entschei- dung zu treffen, Fehler seien natürlich nicht zu vermeiden.

Stadtv. **Karber**: Wenn auch möglich sei, daß die Maschinenfabrik und der Bahnbetrieb den Unterricht in der künftigen Schule etwas stören werde, so sei das doch nicht so schlimm wie der Stadtv. Maier es hin- gestellt habe. Auch in den Jollerädern würden Störungen in der Schule nicht zu vermeiden sein. Seine Ansicht dede sich mit der verschiedener Lehrer; auch könne man durch zeitweiliges Schließen der Fenster leicht abhelfen. Das Vorbeifahren der Züge dauere jeweils nur 1—2 Minuten. Auch führen die Züge meist, wenn keine Schule sei. Es könne sein, daß hinter dem Stadtv. Maier dessen Fraktion stehe, das Publikum in Mühlburg sicherlich nicht. Die Mühlburger seien mit dem vorliegenden Plane einverstanden und freuten sich, wenn dem vor- liegenden dringenden Bedürfnis nach einer Schule baldigst abgeholfen werde.

Bürgermeister **Siegrist**: Auf der einen Seite habe der Stadtv. Maier den Wunsch, daß möglichst bald die projektierte Schule gebaut werde, auf der anderen wünsche er die Ablehnung der eingebrachten Vorlage, wodurch aber eine raschere Erledigung dieser Angelegen- heit nicht erzielt würde. Dessen bereits früher geäußerte Bedenken wegen der Nähe der Maschinenfabrik und der Bahn seien geprüft, aber nicht als schwerwiegend befunden worden. Die Maschinenfabrik sei einige 100 Meter entfernt, während sie früher in der Gartenstraße direkt gegenüber der Schule gelegen gewesen sei und trotzdem keine erheblichen Störungen verursacht habe. Man habe dort, wie in vorliegendem Pro- jekt, dadurch geholfen, daß man die Gänge nach der den Störungen am meisten ausgesetzten Seite gelegt habe. Auch anderwärts lägen die Verhältnisse ähnlich, so bei der Realschule und Realgymnasium, wo auch raucherzeugende Werkstätten in der Nähe seien. Derartige Dinge würden nie zu vermeiden sein, weil man gezwungen sei, die Schulen da zu erbauen, wo die Bevölkerung wohne. Die befürchtete Belästi- gung durch die Bahn sei nicht so erheblich nach den Erfahrungen, die man in einem ähnlichen Fall, mit der Lindenschule in der Kriegstraße gemacht habe, die gegenüber der Hauptbahn liege, allerdings etwas weiter ab, als das künftige Schulhaus in Mühlburg von der Bahn ent- fernt sein werde; bei dieser Schule aber seien die Zimmer direkt gegen die Bahn gerichtet und trotzdem seien begründete Klagen nicht ein- getreten. An derartigen Lärm müsse man sich gewöhnen, auch im Rat- haus müsse gearbeitet werden trotz des Lärms des Marktplazes. Stör- ungen würden nirgends zu vermeiden sein, deswegen solle man die Be- denken zurückstellen und die Vorlage annehmen, zumal auch die Mühl- burger nicht dagegen seien.

Stadtv. **Stehlin** wendet sich gleichfalls gegen Stadtv. Maier. Man solle eine Verzögerung des Schulbaues vermeiden, der dringend nötig sei, ein persönlicher Augenchein habe seine Bedenken beseitigt. Nur bedauere er, daß nicht eine zweistöckige Turnhalle gebaut werde. Durch die Errichtung einer zweiten Turnhalle werde ein Teil des freien Schul- platzes überbaut, der sonst mit dem übrigen Schulplatz einen geeigneten Spielplatz abgegeben hätte. Er wolle aber keinen Antrag stellen, weil die Anlage der Turnhalle in zwei Stockwerken 52 000 M. mehr kosten würde.

Bürgermeister **Siegrist**: Auch er halte es für wünschenswert, bei jedem Schulhaus einen Spielplatz für die Schüler zu haben. Es werde sich nach Verlegung der Bahnanlagen südlich des Schulhauses ein größerer Platz ergeben, der als Spielplatz verwendet werden könne.

Stadtv. **Maier**: Er sei nicht gegen die Schule, nur gegen die Art der Lösung der Platzfrage. Die von ihm behaupteten Störungen seien auch von der Lehrerschaft anerkannt. Im übrigen vertrete er nur das Interesse der Mühlburger Bevölkerung. Ein Schulhaus gehöre dahin, wo es die Entwicklung der Gemeinde nötig mache und zugleich eine hygienisch zweckmäßige Anlage möglich sei. Ein solcher Platz sei in den Jollerädern, wo sich schon wegen der Bodenpreise eine Industrie nicht ansiedeln werde.

Oberbürgermeister **Schnecker** bemerkt, daß, wenn die Entwicklung Mühlburgs so, wie vom Vorredner behauptet, vor sich gehen werde, man schließlich auch dazu kommen werde, in den Jollerädern ein zweites Schulhaus zu bauen. Der Platz sei ja zur Erbauung eines öffentlichen Gebäudes ohnehin bestimmt.

Hierauf wird die Vorlage einstimmig angenommen.

[5] I.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung: Aenderung des Ortsstatuts über das Armenwesen, verweist Bürgermeister **Siegrist** auf die gedruckte Begründung.

Oberbürgermeister **Schnecker** verliest einen vom Stadtv. **Geß** und Genossen eingebrachten Antrag, welcher lautet: Die Unterzeichneten beantragen, der Ziffer 8 in Par. 2 obigen Ortsstatuts folgende Fassung zu geben:

„10 bis 20 vom Stadtrat auf die Dauer von 3 Jahren zu er- nennende Stadtbürger, deren Frauen und Töchter; mindestens die Hälfte ist der Zahl der Armenpfleger und Armenpflegerinnen zu ent- nehmen.“

Der Abfag nach Par. 9 beginnend mit: „In dem . . . und endigend mit . . . ernannt werden“, fällt weg.“

Zunächst äußert der Vorsitzende Bedenken in redaktioneller Be- ziehung. Nach dem Wortlaut des Antrags müßten auch die Frauen und Töchter der vom Stadtrat ernannten Armenräte dem Armenrat ange- hören, was die Antragsteller gewiß nicht beabsichtigen. Sodann aber widerspreche das, was hier gewollt sei, dem derzeit geltenden Gesetz, weil in den städtischen Kommissionen nur Stadtbürger gewählt werden können, und nur Männer Stadtbürger sein können. Das Ministerium habe dem Landtag einen Gesetzesentwurf vorgelegt, wonach Frauen in den Armen- rat, den Ortsgesundheitsrat und die Schulkommission gewählt werden dürfen, die aber nur mitzureden hätten, wenn die zur Beratung stehen- den Gegenstände Frauen betreffen. Die Städteordnungsgemeinden hätten gegen diesen Entwurf Einwendungen erhoben, einmal, weil nicht einzusehen sei, daß Frauen nur in die erwähnten 3 Kommissionen sollten gewählt werden dürfen und z. B. nicht in die Krankenhauskommission. Sodann dagegen, daß solche Frauen nur in Angelegenheiten, die Frauen betreffen, mitzureden hätten. Diese Be- stimmung sei geeignet, Streitigkeiten herbeizurufen und überhaupt son- derbar. Man könnte darüber streiten, welche Angelegenheiten Frauen betreffen. Im weitesten Sinn des Wortes berührten alle An- gelegenheiten zugleich auch die Frauen. Im Par. 2 Ziffer 9 sei die Möglichkeit der Zugiehung von Frauen vorgesehen, von der man Ge- brauch machen werde, wenn das Gesetz geändert sei. Ob die auf die Mitarbeit der Frauen gesetzten Hoffnungen sich erfüllen werden, könne man jetzt noch nicht sagen.

Stadtv. **Bergmann** empfiehlt die Vorlage zur Annahme Namens des geschäftsleitenden Vorstandes.

Stadtv. **Friebberg**: Das neue Ortsstatut entspreche den Verhält- nissen mehr wie das alte. Bezüglich der Zulassung der Frauen habe er Bedenken nicht. Geeignete Personen könne man durch Anfrage bei den Geistlichen der verschiedenen Konfessionen ermitteln. Er verspreche sich von der Mitarbeit der Frauen einen großen Segen, namentlich für die verschämten Armen.

Stadtv. **Geß**: Wenn auch in § 2 Ziff. 9 des Statuts die Zugiehung der Frauen ermöglicht sei, so genüge das doch nicht, es müsse eine be- stimmte Fassung, die einen Anspruch der Frauen auf Teilnahme fest- stellt, getroffen werden. Daß die Zugiehung der Frauen zweckmäßig sei, sei außer allem Zweifel. Soviele er wisse, seien bereits in 2 bad. Städten Frauen in den Armenrat aufgenommen mit Zustimmung des Ministeriums; da sei nicht recht einzusehen, warum dies hier nicht gehen solle. Bei den Geistlichen nach geeigneten Personen nachzufragen, halte er nicht für zweckmäßig. Der weltliche Charakter des Armenwesens müsse gewahrt werden. Wenn es so weit sei, dann bitte er auch Frauen aus der Arbeiterschaft herbeizuziehen, die großes soziales Verständnis hätten. Auch sei eine stärkere Vertretung der männlichen Arbeiterschaft in dem Armenrat zu wünschen. Bedenken in redaktioneller Beziehung bezüglich des gestellten Antrags habe er nicht.

Oberbürgermeister **Schnecker**: Die Fassung scheint auch deshalb ungewöhnlich, weil nach ihr z. B. die Ernennung von Wittwen und ledigen Damen unmöglich wäre. Man solle es bei der vorgeschlagenen Fassung belassen. Wenn Stadtv. **Geß** darauf hingewiesen habe, daß bereits in 2 Städten Frauen im Armenrat seien, so sei dies ein unge- seßlicher Zustand, den allerdings das Ministerium genehmigt habe. Diesen Weg zu betreten, habe man hier abgelehnt, zumal die Gemeinden häufig in die Lage verkehrt seien, sich gegenüber der Aufsichtsbehörde auf gesetzlich ihnen zustehenden Rechte zu berufen. Wenn man selbst aber das Gesetz beugen helfe, könne man sich nicht auf der anderen Seite auf das Gesetz berufen.

Stadtv. **Rebmann** bedauert, daß mit Schaffung des Armenamts — die den Hauptpunkt der vorgeschlagenen Aenderung bilde, eine ehrenamt- liche Tätigkeit an die Bureaokratie übergehe. Die Teilnahme der Frauen sei nicht lediglich aufzufassen als eine oberflächliche moderne Zeitströmung, die Beweggründe für das Streben der Frauen an der Armenpflege Teil zu nehmen, lägen tiefer, und die Frauen würden sich mit Entfugung und Hingebung diesen neuen Pflichten unterziehen. Er habe im Landtag die erwähnte Vorlage gemacht. Er könne jetzt schon mitteilen, daß in der eingeseßten Kommission des Landtags die Bestim- mungen des Entwurfs im Sinne der von den Städte-Ordnungs-Gemein- den gemachten Vorschläge geändert worden seien. Die in Abs. 2 des § 2 getroffene Bestimmung, daß „Armenpflegerinnen“ als Mitglieder in den Armenrat ernannt werden können, solle man dahin erweitern, daß Frauen überhaupt ernannt werden können. Die Regel werde zwar sein, daß die in den Armenrat zu ernennenden Frauen zunächst als Armenpflegerinnen sich einarbeiten, aber man müsse doch auch mit der Möglichkeit rechnen, daß in Ausnahmefällen, bei besonders vereigen- schafteten Frauen, hierbon abgesehen werde. Durch die Zugiehung der



Frauen werde die Selbstverwaltung neue Kräfte heranziehen, die sie um so nötiger brauche, als es gegenwärtig immer schwerer werde, unter den Männern die erforderliche Anzahl zur Besetzung der Ehrenämter zu gewinnen.

Bürgermeister Siegrist: Es sei nicht ganz richtig, wenn der Vorredner gemeint habe, daß der Hauptpunkt der Aenderung die Schaffung des Armenamts und der Uebergang der bisher ehrenamtlichen Armenfürsorge auf eine bürokratische Stelle sei. Schon bisher habe tatsächlich ein Bureau der Armenverwaltung bestanden unter der Bezeichnung Sekretariat. Die Schaffung des Armenamts bezwecke hauptsächlich eine Entlastung des Vorsitzenden des Armenrats, damit dieser nicht mehr selbst alle Schriftstücke unterschreiben müsse. Die ehrenamtliche Tätigkeit werde sich bei der Neuorganisation nicht mindern, sondern erhöhen durch die Wiederbelebung des Instituts der Armenpfleger und die Ernennung von Frauen zu Armenpflegerinnen. Mit der vom Vorredner vorgeschlagenen Aenderung des § 2 sei er einverstanden, wenn man auch im allgemeinen daran werde festhalten müssen, daß nur Armenpflegerinnen in den Armenrat ernannt würden.

Stadtv. Vosß beanstandet den in § 13 vorgesehenen Titel Direktor des Armenamts. Er befürchtet, daß man diese Stelle dann entsprechend höher besolden müsse.

Bürgermeister Siegrist: Der Titel Direktor werde nichts kosten. Man werde zunächst einem der Sekretäre die Stelle übertragen, dem man allerdings etwas besser werde stellen müssen, aber ohne Rücksicht auf seinen Titel.

Hierauf wird der Abänderungsantrag Rebmann einstimmig angenommen.

Der Antrag Gieß und Genossen wird zurückgezogen.

Sodann wird die Vorlage mit der beschlossenen Aenderung einstimmig angenommen.

**Aenderung des Ortsstatuts über das Schulwesen und Neuregelung der Lehrer Einkommen.**

Bürgermeister Siegrist verweist auf die gedruckte Begründung.

Stadtv. Dr. Goldschmit als Referent des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadtverordneten: Die Vorlage enthalte zunächst einen Antrag auf Umbildung der bisherigen Schulkommission, indem noch ein Oberlehrer zu dem von den Hauptlehrern gewählten Vertreter komme, ferner sollen die Hauptlehrerinnen bei der Wahl des Vertreters der Lehrer wahlberechtigt sein. Sodann werde festgesetzt, daß ein Schularzt der Schulkommission angehöre. Wichtiger sei der zweite Teil über die Organisation unserer Volksschulen. Ein großer Fortschritt sei, daß nach und nach die einfache Volksschule aufgehoben werde und nur noch die erweiterte bestehe. Die Folge sei, daß ein von einem Teil des Bürgerausschusses schon lange gehegter Wunsch, nämlich die Aufhebung des Schulgeldes in Erfüllung gehe. Jetzt, wo die erweiterte Volksschule zur Zwangsschule werde, könnten auch die früheren Gegner der Aufhebung des Schulgeldes beistimmen, weil man nicht denjenigen Eltern, die bisher kein Schulgeld entrichtet hätten, die Leistung eines solchen jetzt zumuten könne. Schließlich bringe die Vorlage in der Form von Grundrissen eine wichtige Neuregelung des Dienstverhältnisses der Lehrer, der der Vorstand der Stadtverordneten mit einer kleinen Aenderung zugestimmt habe. Der Vorstand habe versucht, die Wartefristen für die erste Zulage von 12 auf 10 Dienstjahre herabzusetzen; diesen Vorschlag habe jedoch der Stadtrat entschieden abgelehnt. Dagegen habe letzterer der vom Stadtverordnetenvorstand angeregten Besserstellung der älteren Handarbeitslehrerinnen zugestimmt. Hiernach erhielten die über 15 bezw. 19 Jahre im Dienst befindlichen Industrielehrerinnen, die infolge der Erhöhung der Zahl der etatsmäßigen Lehrerinnen jetzt zur Anstellung kämen, sofort eine bezw. zwei Zulagen. Wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt worden seien, so müsse man doch zugeben, daß man einen außerordentlichen Schritt vorwärts gemacht habe; es sei nicht zu leugnen, daß in diesen Dingen in den betreffenden Kreisen — hier weniger als außerhalb Karlsruhe — eine gewisse Erregung sich eingestellt habe. Er hoffe aber, daß wenigstens hier in Karlsruhe mit der Annahme der heutigen Vorlage Beruhigung einträte, zumal da Karlsruhe bei Annahme der Vorlage an der Spitze der badischen Städte hinsichtlich der Lehrerbezüge stehe, wenn man die zwischen der hiesigen Regelung und jener in Mannheim und Freiburg bestehenden Unterschiede richtig werte. Uebrigens habe man bei dieser Regelung doch auch auf die Steuerzahler Rücksicht nehmen müssen. Schließlich hoffe er, daß die in der Lehrerschaft vorhandene Berufsfreudigkeit noch eine weitere Stärkung mit der Vorlage erfahre und daß das Bewußtsein sich immer mehr Bahn breche, daß der Mann geschätzt wird nach dem, was er leistet und nicht nach der Höhe des Dienstverhältnisses.

Oberbürgermeister Schneker verliest zwei von der sozialdemokratischen Fraktion gestellte Abänderungsanträge. Nach dem ersten soll den Hauptlehrerinnen, die bis jetzt kein Wahlrecht für die Vertretung in der Schulkommission hatten und nach der Vorlage nur den Hauptlehrer mitwählen sollen, eine besondere Vertretung durch eine von ihnen zu wählende Hauptlehrerin zugestanden werden.

Der zweite Antrag verlangt, daß die Zahl der auf eine Lehrkraft dauernd entfallenden Schüler auf höchstens 40—45 festgesetzt werde, anstatt 60 wie in der Vorlage vorgesehen.

Der Vorsitzende verliest sodann einen Antrag Ribb und Genossen, nach dem der Stadtrat ersucht wird, die Festsetzung des Schulgeldes für die städtischen Mittelschulen mit Ausnahme der höheren Mädchenschule auf 60 M anstatt der vom Stadtrat vorgeschlagenen 84 M herbeizuführen.

Stadtv. Willi gibt zunächst seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß endlich das Schulgeld an der erweiterten Volksschule falle, damit die im Volksmund als Armenschule bezeichnete einfache Volksschule in Wegfall komme. Leider sei die Freude nicht ungetrübt, da eine Erhöhung des Schulgeldes der Mittelschulen in Aussicht genommen sei. Gerade heute, wo man eine Unmenge von Intelligenzen brauche, solle man den mittleren und unteren Schichten den Zutritt zu den Mittelschulen nicht erschweren. Seine Fraktion trete daher der Resolution Ribb bei, doch sei ihr lieber, wenn das Schulgeld auf 45—50 M heruntergesetzt werde. Erfreulich sei auch die Erhöhung der Gehälter der Lehrer, die so gestellt werden müßten, daß sie von materiellen Sorgen frei seien. Es seien auch die Gehälter der Unterlehrer nicht ausreichend zu einem standesgemäßen Unterhalt. Wenn der junge Lehrer immer noch einen Zuschuß von zu Hause brauche, so werde damit manchem die Möglichkeit verschlossen, sich dem Lehrfach zu widmen. Der Redner begründet sodann die von ihm gestellten Abänderungsanträge hinsichtlich der besonderen Vertretung der Hauptlehrerinnen in der Schulkommission und beruft sich wegen des weiteren Antrages auf Herabsetzung der Schülerzahl auf das Urteil der Sachmänner, ohne die mit dieser Maßnahme verbundenen finanziellen Schwierigkeiten zu verkennen.

Oberbürgermeister Schneker verliest einen weiteren Abänderungsantrag Merkle und Genossen, wonach die für den Eintritt von Schulgeldbefreiungen gestellten Bedingungen erleichtert werden sollen. Der Vorsitzende gibt ferner die Zustimmung des Stadtrats zu der besonderen Vertretung der Hauptlehrerinnen in der Schulkommission bekannt. Dagegen müsse der Stadtrat die beantragte Herabsetzung der Schülerzahl heute ablehnen, man werde natürlich, wie auch schon bisher dahin streben, unter dem vorgesehenen Maximum zu bleiben und die Zahl der Schüler in den einzelnen Klassen möglichst zu verkleinern. Aber einfach in das Ortsstatut 40 statt 60 zu setzen, ohne auch nur die finanzielle Mehrbelastung zu kennen, sei nicht angängig. Gegenüber der beantragten Resolution auf Herabsetzung des Schulgeldes für die Mittelschulen behalte sich der Stadtrat seine Stellungnahme vor.

Stadtv. Bergmann erklärt, daß der Versuch, bei der Erhöhung der Lehrergehälter noch mehr zu erreichen, mißlungen sei, weil es sonst nicht möglich gewesen wäre, die Vorlage durchzubringen. Gegen die Erhöhung des Schulgeldes an der Realschule und Oberrealschule bestehe in weiten Kreisen eine Mißstimmung und Unzufriedenheit. Es solle auch den Ärmern möglichst gemacht werden, ihre Kinder in bessere Schulen zu schicken. Freilich sei er auch der Meinung, daß das Schulgeld an diesen Schulen auf gleiche Höhe gestellt werden solle, insbesondere auch um eine höhere Bewertung des Realgymnasiums auszuschließen. In erster Linie wünsche er daher, daß das Schulgeld an den Mittelschulen allgemein wie an der Oberrealschule und Realschule auf 42 Mark festgesetzt würde. In zweiter Linie stimme er der Resolution Ribb zu.

Stadtv. Merkle begründet seinen Antrag damit, daß es eine besondere Härte für die Eltern sei, daß nur bedürftige Kinder vom Schulgeld befreit werden könnten, die sich durch Fleiß, Begabung und sittliches Wohlverhalten auszeichneten. Man solle nicht so engherzig sein, diese Vergünstigung nur fleißigen und begabten Schülern zukommen zu lassen, zumal die richtige Beurteilung dieser Qualifikation wegen des Mangels häuslicher Beaufsichtigung öfters zweifelhaft sei. Der Resolution Ribb könne er nur voll und ganz beistimmen. Wenn ein Vater mehrere Kinder habe, so bedeute die Erhöhung des Schulgeldes eine nicht geringe Last. Wenn auch die unverheirateten Personen und kinderlose Verheiratete bei Annahme dieses Antrags einen größeren Teil der Schullasten trügen, so sei dies gut zu rechtfertigen, denn die Eltern, die Kinder haben, tragen an sich schon einen Teil der sozialen Lasten und erweisen der Gesellschaft, wenn sie ihre Kinder gut erziehen, einen weit größeren Dienst. Die Gehaltserhöhung der Lehrer sei recht erheblich im Verhältnis zu den Bezügen der Staatsbeamten und er hoffe, daß auch der staatliche Gehaltstarif einer Revision unterzogen werden solle.

Stadtv. Ribb: Wenn auch schon die Vorredner in seinem Sinn gesprochen hätten, wolle er doch zu seinem Antrag noch einige Ausführungen machen. Wenn man einen hohen Umlagefuß hätte, dann hätte er sich sehr überlegt, den Antrag einzubringen. Die Finanzlage der Stadt sei aber derart, daß man nicht bestrebt zu sein brauche, den durch Aufhebung des Volksschulgeldes entstehenden Ausfall durch Erhöhung des Schulgeldes der Mittelschulen zu decken. Außerdem müsse man bestrebt sein, das Bildungsbedürfnis so billig als möglich zu befriedigen. Es sei allerdings Aufgabe der Eltern, für die Ausbildung der Kinder aufzukommen, doch sei zu beachten, daß in Karlsruhe zahlreiche kleine Beamte und Handwerker seien, deren Einkommen nur 15—1800 Mark betrage u. die vielfach 2 oder 3 Kinder in die Realschulen schickten. Wenn diese statt wie bisher für 3 Kinder 105 Mark Schulgeld, das doppelte bezahlen müßten, so werde es ihnen unmöglich sein, diesen Betrag aufzubringen. Allerdings sei ja Schulgeldnachlaß mög-



lich, doch sei eine große Anzahl gerade unter diesen Leuten, die nicht gern um Nachlaß einkommen, schon mit Rücksicht auf das Kind selbst. Er würde es bedauern, wenn ohne Not der Schulgeldsatz auf 84 Mark erhöht würde. Die von Stadtv. Willi vorgeschlagene Summe von 42—45 Mark halte er nicht für ausreichend. Der bisherige Satz des Realgymnasiums mit 60 Mark sei angemessen. Bei Einführung dieses Satzes würden schätzungsweise an Schulgeld 24—26 000 Mark mehr eingenommen werden.

Stadtv. Heimburger wünscht, daß wie bei Beratung technischer Gegenstände der Leiter der zuständigen Stelle im Bürgerausschuß anwesend sei und Rede und Antwort stehe, so auch künftig der technische Leiter des Schulwesens im Bürgerausschuß erscheine, damit er über einschlägige Fragen gehört werden könne. Die Aufhebung des Schulgeldes an den Volksschulen begrüße er, er sei immer dafür eingetreten, und er freue sich, daß auch der Stadtv. Goldschmit, der früher immer dagegen gewesen sei, jetzt dafür sei. Im Himmel sei größere Freude über einen bekehrten Sünder als über 99 Gerechte. (Große Heiterkeit.) Die vorgesehene Schülerzahl, 60 auf einen Lehrer, sei zu hoch. Die Zahl sei für das Land auf 70 Schüler für einen Lehrer festgestellt worden, doch sei zwischen Stadt und Land ein großer Unterschied insofern, als auf dem Lande jeder Lehrer 2 Klassen unterrichte in die sich die auf ihn kommenden Schüler teilten, während in der Stadt ein Lehrer meist nicht 2 Klassen habe. Mit der Erhöhung der Lehrerbefoldung sei er einverstanden. Ob Karlsruhe damit an die Spitze der badischen Städte trete, sei eine Streitfrage, da gegenüber Mannheim der Nachteil bestehe, daß die Lehrer 2 Jahre später in den Bezug der ersten Zulage gelangten, wodurch sie gegenüber den Mannheimer Lehrern ständig bis zum Bezug des Höchsthaltens im Nachteil seien. Wenn man auch die Anfangszulagen erst nach dem 12. Dienstjahr bewilligen wolle, so hätte man wenigstens die Zulagen so bemessen sollen, daß der Höchsthalt in derselben Zeit wie in Mannheim erreicht worden wäre. Einen Abänderungsantrag stelle er nicht, da der Stadtrat kategorisch solche Anträge für unannehmbar erklärt habe. Die Erhöhung des Schulgeldes an den Mittelschulen sei für viele Eltern sehr schmerzhaft, und er habe von solchen schon gehört, daß sie die erlösten Leistungen nicht erschwirgen könnten. Man verweise wohl auf die Schulgeldbefreiung, damit sei es aber eine eigentümliche Sache. Manche Leuten gingen solche Gesuche gegen den Strich, wenn man auch sagen müsse, daß das wohl eine zu große Empfindlichkeit sei. Auch sei man oft bei der Gewährung der Befreiung nicht weitherzig genug, man solle damit bedeutend weiter gehen. Ob der Antrag Merkle eine Besserung bringen würde, sei fraglich, es komme hier weniger auf festgelegte Bestimmungen an als auf eine vernünftige Praxis. Was die Vorbedingungen der Befreiungen anbelange, so sei es namentlich sehr schwer, den Fleiß zu beurteilen, und auch die Beurteilung des Betragens hänge davon ab, ob der Lehrer mehr oder weniger pedantisch sei. Bei der Prüfung dieser beiden Bedingungen müsse man liberal sein. Dagegen müsse unbedingt verlangt werden, daß nur begabte Schüler befreit würden. Die Mitschleppung wenig begabter Schüler sei für die Schule eine Last, und für den Schüler eine Qual. Solche Schüler kämen dann, wenn sie gezwungen wären, nach der Konfirmation die Mittelschule zu verlassen, mit einer total verpfuschten Bildung heraus und wüßten weniger, als wenn sie die Volksschule besucht hätten.

Stadtv. Wilhelm Weiß führt aus, es sei ein Irrtum zu behaupten, man müsse, um zu einem rechten Beruf zu taugen, eine höhere Schulbildung genossen haben. Die Kinder würden in den Mittelschulen überanstrengt. Wenn die Schulgelderhöhung einen Teil der Schüler aus den Mittelschulen verdränge und in die Normalschule bringe, so sei das recht. Die bisherige einfache Volksschule habe das gute gehabt, daß sie den Schülern das, was sie unbedingt wissen mußten, gründlich beigebracht habe. Diese Schule sei nicht so schlecht gewesen, wie sie gemacht worden sei. Wer nicht bezahlen könne, der brauche eine höhere Schule nicht zu besuchen, namentlich wenn er nicht begabt sei.

Stadtv. Stehlin verzichtet auf das Wort.

Stadtv. Willi stimmt der Resolution Riby und Genossen namens seiner Fraktion nicht zu, weil dieselbe immer noch eine Erhöhung bez. des Schulgeldes der Realschulen enthalte. Die Fähigkeit der Schüler nach der Zahlungsfähigkeit der Eltern zu bemessen, wie Stadtv. Weiß dies tue, sei verkehrt, und tüchtige gutgebildete Leute brauche man überall.

Stadtv. Maurer wendet sich gleichfalls gegen die Schulgelderhöhung und wünscht Belassung der bisherigen Sätze, weil sonst ganzen Klassen der Bevölkerung der Besuch der Mittelschulen unmöglich gemacht werde. Er sei anderer Meinung wie Stadtv.

171

Weiß, namentlich brauche man im Geschäfte und Handwerkerstände eine gute Bildung.

Oberbürgermeister Schneyler: Bisher sei die Volksschule dreifach abgestuft gewesen, Bürger- und Töchter- und erweiterte Schule und einfache Volksschule. Nach dem neuen Vorschlag sollen statt drei nur zwei Stufen bestehen. Eine prinzipielle Änderung liege darin nicht, da das Wesentlichste, die Abstufung, beibehalten werde. Ob aber die Aufhebung der untersten Stufe einen Fortschritt oder nicht vielmehr eine Rückbildung bedeute, könne man z. Bt. nicht sagen. Er hege Zweifel, ob die künftige einheitliche Schule das gleiche leisten werde, was bisher die einfache und die erweiterte Volksschule zusammen leisteten. Als das frühere Ortsstatut gemacht wurde, habe die bis dahin bestandene evang. Volksschule zwei Abteilungen gehabt, eine einfache und eine erweiterte, die kath. dagegen nur eine erweiterte. Damals habe sich in der Praxis die erstere Organisation als die bessere erwiesen. Die Menschen seien eben nicht, wie die Hämmer, alle einander gleich, sondern individuell verschieden und auch sozial geschichtet. Es sei zu verlangen, daß die Schule sich an diese Gliederung anschließe, nicht aber sie ignoriere. Er gebe zu, daß seit dem Jahre 1877, wo die jetzige Schulorganisation eingeführt worden sei, sich manches verändert habe, namentlich hinsichtlich der Beschäftigung schulpflichtiger Kinder, das einem erleichtere, der jetzt vorgeschlagenen Organisation zuzustimmen. Hoffentlich werde sie sich bewähren und werden die Nachteile, die er von ihr befürchte, nicht eintreten. Im übrigen sei er der Meinung, daß der Einfluß der Schule auf den späteren Menschen vielfach sehr überschätzt werde. Er habe als Chef eines größeren Beamtenkörpers nicht wahrgenommen, daß die aus erweiterten Schulen kommenden Leute besser als die aus einfachen Schulen kommenden seien. Er habe im städtischen Dienst Beamte kennen gelernt, die nur eine einfache Dorfschule absolviert hätten und doch vorzüglich qualifiziert gewesen seien, während wieder andere, die bis zu den höheren Klassen einer Mittelschule vorgebungen seien, nur das Allermittelmäßige geleistet hätten. Auch wenn man sich in diesem Kreise der Bürgerausschußmitglieder umsehe, müsse man bemerken, daß nicht die Schule den Mann mache, sondern daß er sich selber macht, wenn er aus der Schule entlassen sei. Seien denn etwa die Akademiker im Bürgerausschuß wirklich durchweg die Geschicktesten und Tüchtigsten? (Große Heiterkeit.) Man werde das gewiß nicht ohne weiteres sagen können. Dagegen verweise er z. B. auf den Herrn Stadtverordneten Willi, der wohl nur eine sehr bescheidene Schulbildung durchgemacht habe und es jetzt doch mit jedem Professor aufnehmen könne. (Große Heiterkeit.)

Der Oberbürgermeister macht sodann noch einige Bemerkungen zur Geschäftsordnung, ebenso der Obmann der Stadtverordneten; sodann wird die Resolution Riby mit großer Mehrheit angenommen. Der Antrag des Stadtv. Merkle wird, nachdem ihn der Oberbürgermeister namens des Stadtrats für unannehmbar erklärt, und versichert hat, man werde bei der Schulgeldbefreiung loyal verfahren, zurückgezogen.

Sodann wird der Antrag Willi, in die Schulkommission eine besondere Vertreterin der Hauptlehrerinnen zu setzen, einstimmig angenommen. Der weitergehende Antrag des Stadtv. Willi, festzusetzen, daß auf einen Lehrer nur 45 Schüler kommen dürfen, wird vom Oberbürgermeister für unannehmbar erklärt, namentlich weil man die finanzielle Tragweite nicht übersehen könne, man habe aber das Bestreben, die Klassen zu verkleinern.

Bürgermeister Siegrist bemerkt noch, daß der Durchschnitt der Schulklassen schon jetzt 40—45 Schüler sei, obwohl auf einen Lehrer 60 Schüler kämen. Dies rühre daher, daß einzelne Stunden (Zeichnen, Handarbeit) durch Fachlehrer erteilt würden und die unteren Klassen nur 18—21 Schulstunden hätten, während ein Lehrer 30 Schulstunden zu geben habe, weswegen viele Lehrer in mehreren Klassen unterrichteten. Daher sei die Zahl der Schüler in den Klassen niedriger als die Zahl der auf einen Lehrer fallenden Schüler.

Hierauf wird der Antrag Willi und Genossen abgelehnt.

Sodann wird die Gesamtvorlage mit der beschlossenen Änderung und die vom Stadtverordneten-Vorstand beantragte Erhöhung der Befoldung einiger Handarbeitslehrerinnen einstimmig angenommen.

Punkt 6 der Tagesordnung: Rücküberweisung von Gelände an der Gandel- und Stöberstraße an die Generalintendantz der Großh. Zivilliste wird nach mündlicher Begründung durch Bürgermeister Siegrist und nach Befürwortung durch den Referenten des geschäftsleitenden Vorstandes einstimmig angenommen.

Schluß 6 Uhr 30 Minuten.



**Winschermann & Cie.**

20.15.

empfehlen ihre erstklassigen

**Kohlen**

zur Lieferung in jedem gewünschten Quantum.

Telephon 120.

Bureau: Herrenstrasse 20.

Wasche mit  
**LUHNS**  
wäscht am besten

78.26.

**J. Streb,**

Mechaniker,

Leopoldstr. 2b.

Reparaturwerkstätte mit Motorbetrieb.

**Fahrräder,**

Mars Excelsior

nur erstklassige Fabrikate.

Räder von 85 M. an.

**Reparaturen**

und Reinigen, Emaillieren, Vernickeln, sowie Einsetzen von Freilaufnaben werden gut und billig ausgeführt. Sämtliche Ersatz- und Zubehörteile, Mäntel u. Schläuche allerbilligst. 20.15.

Zur

**Zahnpflege**

geeignete

**Zahnbürsten**

bekommt man in allen Grössen und allen Formen und Ausführungen bei

**H. Bieler, Kaiserstrasse 223.**

Für die Haltbarkeit meiner Zahnbürsten leiste ich Garantie; von der Billigkeit kann sich jedermann am besten selbst überzeugen.

**Hermann Bieler, Kaiserstrasse 223.**  
Grosser Laden für Parfümerien und Toilette-Artikeln.

**Miet-Pianos**

empfehl

**Ludwig Schweisgut,**  
Hofl., Erbprinzenstr. 4.

Wochengottesdienst.

Donnerstag, den 2. August.

5 Uhr abends Kleine Kirche: Herr Stadtvicar

Seufert.

**Zahnatelier Kopp,**

Karlstrasse 12, eine Treppe hoch.

Anfertigung von

**künstl. Gebissen, Plomben, Stiftzähnen etc.**

Sprechstunden von 9—12 und 2—5 Uhr.

**Unübertroffen!!****Thurmelin**

allein — hält Wohnungen, Haustiere und Pflanzen rein von allem

4.1.

**Insektenungeziefer.**

Thurmelin ist nur in Gläsern zu haben zu 30 Pfg., 60 Pfg., 1 Mk. in den Drogerien und Materialwarengeschäften Karlsruhe's und Umgebung. Engros bei Leop. Fiebig, Adlerstr. 24.

**Gänzlicher Ausverkauf**  
einer **Eisenhandlung.**

8.2.

Wegen Todesfall des Besitzers soll das ganze Lager, welches sich **Erbprinzenstrasse 3, parterre**, beim Rondellplatz befindet, einem Ausverkauf ausgesetzt werden. Dasselbe besteht aus:

Email, Weissblech, Messing- und Nickelgeschirren, geschliffenen und geschmiedeten Pfannen, Kupfergeschirren für Wirte, Mangmaschinen, Eismaschinen, Reib- u. Kaffeemühlen, Fleischhackmaschinen, Thee- u. Kaffeemaschinen, vorschrittmäßigen Schmutzweimern, verzinneten Eimern, Bügeleisen, Blumen- und Gartengießkannen, Leitern in allen Ausführungen, Blumentischen, Bettstellen, ca. 100 Wagen, als: Brückswagen, Briefwagen, Paketwagen, Messermarmorwagen, Babywagen, Küchenwagen, Messerwerkzeugen: Fleischmessern, Messergürteln, Messerstählen, Hackmessern, Fleischbütten aus Holz und Blech, ferner Feilen, Zangen, Bohrer, Hämmern, Pickeln; für Landwirte: Schaufeln, Rechen, Spaten, Gabeln, Sägen, Striegeln, Butter- und Obstwagen, Nebstscheren, Stallaternen, Sensen usw.